

## **Arbeit um jeden Preis? - Würde und Gerechtigkeit in der Arbeitswelt**

Friedhelm Hengsbach SJ, Nell-Breuning Institut

Obwohl die ehrgeizigen Ziele der „Lissabon-Strategie“ der Europäischen Union, die vom Europäischen Rat 2000 verabschiedet worden war, um die EU innerhalb von zehn Jahren, also bis 2010, „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen, unerreicht geblieben sind, hat der Europäische Rat 2010 ein wirtschaftliches Folgeprogramm beschlossen - die Agenda „Europa 2020“. Zwar wird unter den anzustrebenden Zielen dieser Agenda an erster Stelle der Anstieg der Beschäftigungsquote von 69 Prozent auf 75 Prozent genannt. Aber unter den „sieben Flaggschiffinitiativen“ rangiert die Modernisierung des Arbeitsmarkts, insbesondere die Arbeitsmobilität und lebenslanges Lernen, an vorletzter Stelle - nach den stärkeren Engagements für Forschung und Entwicklung, die Reduktion der Emission von Treibhausgasen, geringere Quoten von Jugendlichen, welche die Schule abbrechen, und höhere Quoten von Hochschulabsolventen. An letzter Stelle ist die Europäische Plattform gegen Armut aufgeführt. Sind die Themen und Optionen der heutigen Tagung in der Europäischen Agenda ein weißer Fleck geblieben?

Ich will in meinem Impulsreferat auf große Erzählungen aufmerksam machen, die derzeit in der politischen Öffentlichkeit verbreitet sind, die Situation der Erwerbsarbeit in der ersten Dekade des Jahrhunderts schildern, deren erwartete Konturen im Verlauf des 21. Jahrhundert skizzieren und abschließend die normativen Grundsätze der Würde und Gerechtigkeit erläutern.

### **1. Die großen Erzählungen einer zauberhaften Arbeitswelt**

Die gegenwärtige Stimmungslage in den reifen Industrieländern und Schwellenländern lässt sich so charakterisieren, dass die beispiellose Bankenkrise am Ende der ersten Dekade dieses Jahrhunderts, die das weltweite Finanzsystems an den Abgrund eines totalen Zusammenbruchs zu drängen schien, als überstanden angesehen wird. „Wir sind nochmal davon gekommen“, so wird das Wirtschaftswachstum, das sich (mit Ausnahme in der EU) weltweit belebt und den Welthandel steigen lässt, so dass die Arbeitslosigkeit und die extreme Armut sinken, kommentiert. Diese Stimmungslage scheint positive, optimistische Erzählungen zu beflügeln.

#### **(1) Industrie 4.0**

In den USA und anschließend in den Werbemedien der deutschen Industrieverbände wird eine neue Stufe der industriellen Revolution propagiert - die Industrie 4.0. Nach der Revolution der Mechanik: der Auslagerung menschlicher Handfertigkeiten in Maschinen, der Revolution der Elektrizität: der Auslagerung menschlicher Energie in Dampfmaschine und Elektromotor, der Revolution der Informatik: der Auslagerung von Teilen des menschlichen Gehirns in Rechnersysteme. komme nun die Revolution der Digitalisierung. Damit ist die Steuerung komplexer industrieller Prozesse gemeint, „kybernetischer Produktionssysteme“, eine weltweite Vernetzung informatischer, mechanischer und humaner Komponenten, von Maschinen, Lagersystemen, Betriebsmitteln und Arbeitskräften. Dinge und Menschen werden horizontal und vertikal in Echtzeit miteinander kommunizieren. Die Feinfühligkeit menschlicher Intelligenz wird

mit der Wiederholungspräzision von Maschinen kombiniert.

## **(2) Arbeiten 4.0**

Das Ministerium für Arbeit und Soziales in Deutschland hat in einem Grünbuch eine öffentliche Diskussion über das Arbeiten 4.0 angestoßen. Im Brennpunkt der Diskussionsimpulse steht die Vernetzung von menschlicher Arbeit und Rechnersystemen. Eine der Visionen ist die des LKW-Fahrers, der nicht mehr im Auto sitzt, sondern das Fahrzeug von einem Logistikzentrum aus steuert, eine andere die der medizinischen Diagnose oder Rechtsberatung, die computergesteuert erfolgen. Weitere Visionen beziehen sich auf die flexible Gestaltung der Erwerbsarbeit, die entweder daheim oder im Betrieb erledigt wird, auf abweichende Phasen von Erwerbsarbeit und Urlaubsreisen, Bildungsurlaub und Sabbaticals, die eine gelingende Balance von Arbeit und Leben gestatten. Vor allem Frauen wird somit eine wachsende Beteiligung an der Erwerbsarbeit ermöglicht. Es entsteht eine extrem individualisierte Arbeitswelt der „Crowdworker“. Diese werden sich neue Auftragsmärkte erobern. Digitale Plattformen werden fragmentierte Aufträge an Solo-Selbständige vermitteln oder global ausschreiben. Die Lebensentwürfe werden sich weiter individualisieren. Die zunehmende Automatisierung und Rationalisierung macht einfache Erwerbsarbeit der Menschen überflüssig, verlangt jedoch höhere Fach-, Gestaltungs- und Problemlösungskompetenzen. Aber: die Digitalisierung bedeutet kein Ende der Erwerbsarbeit, sondern deren Veränderung. Es werden auch neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen. Es wird ein Mehr an selbstbestimmter Zeit geben, neue Bedürfnisse entstehen und neue Ansprüche an eine gesunde Ernährung werden angemeldet; Konsumenten verwandeln sich in Prosumenten.

## **(3) Wissensgesellschaft**

Die Propagandisten der „Wissensgesellschaft“ rücken die Erforschung der Gesetze, die in der natürlichen Umwelt und in der Gesellschaft gelten, in den Mittelpunkt dessen, was finanziell besonders gefördert werden soll. Naturwissenschaften, Technik und Sozialwissenschaften nehmen unter den akademischen Disziplinen die Spitzenplätze ein und verdrängen die so genannten Geisteswissenschaften. Forschungszweige, die ursprünglich in den Rechts- und Staatswissenschaften beheimatet waren, bedienen sich mehr und mehr mathematischer und naturwissenschaftlicher Methoden. Das moderne Wissen stützt sich auf Erfahrungen und Erlebnisse, die im Experiment widerlegt oder vorläufig bestätigt werden können. Es ist empirisch überprüfbares, begründetes Wissen. Es kann soziotechnisch umgekehrt werden, indem das Verhältnis von Ursache-Wirkung in eine Ziel-Mittel-Beziehung transformiert wird. In der Wissensgesellschaft expandieren die öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung überdurchschnittlich. Davon profitieren die staatlichen Großforschungsanlagen, die Forschungseinrichtungen der Unternehmen sowie die Verbundeinrichtungen von Hochschulen und Unternehmen. Der „Wissensarbeiter“ wird zur Zentralfigur der Arbeitswelt, das Gegenbild des Routine-Arbeiters, des Kopisten identischer Arbeitsabläufe sowie einfacher, niedrig entlohnter Dienste im Haushalt und in öffentlichen Einrichtungen. Er ist fähig, Probleme zu erkennen und zu lösen, gestaltet autonom die Arbeitsabläufe und Arbeitszeiten, ist Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft (der sogenannte Arbeitskraftunternehmer), hat zwei Seelen in seiner Brust: Die eine spielt die Rolle des Unternehmers, der sich dem Marktrisiko aussetzt und diese

Rolle voll internalisiert hat. Die andere hält das besondere Interesse an der Informations- und Kommunikationstechnik wach.

#### ***(4) Sorge-(Care-)Arbeit***

In den reifen Industrieländern vergrößert sich die Spannung zwischen zwei voneinander abweichenden Sektoren. Auf der einen Seite eine durch die erzielten Produktivitätsfortschritte extrem leistungsfähige Industrie, deren Güterausstoß von den Inlandsmärkten nicht mehr restlos abgesetzt werden kann, so dass die Unternehmen genötigt sind, die überschüssige Produktion auf den Auslandsmärkten abzuladen. Auf der anderen Seite steigt die Nachfrage nach personennahen Diensten in den Bereichen der Gesundheit, Pflege, sozialer Betreuung und Begleitung sowie kultureller Aktivitäten. Diese Sektoren sind wenig geschätzt, extrem ausdifferenziert, kaum durch Betriebsräte oder eine gewerkschaftliche Interessenvertretung abgesichert, überwiegend von teilzeit- oder atypisch arbeitenden Frauen besetzt und häufig extrem niedrig entlohnt. Wegen der geringen finanziellen Ressourcen, über die öffentliche Haushalte verfügen, und weil vermutet wird, dass staatliche Einrichtungen es weniger als die Privatwirtschaft verstehen, mit knappen Mitteln vernünftig umzugehen, wird eine Privatisierung öffentlicher Güter, etwa von Wasser, Wohnung und staatlicher Infrastruktur erwogen. Die visionäre Verheißung gilt der Erschließung eines gigantischen Markts mit außerordentlichen Profiten für private Unternehmen.

#### ***(5) Der Mensch im Mittelpunkt***

In den 1950-er Jahren hatte der Franzose Jean Fourastié bereits eine weitreichende Prognose wirtschaftlicher Entwicklung bekannt gemacht: In der geschichtlichen Reihenfolge sind jeweils zuerst die Nachfrage und die Her- bzw. Bereitstellung von Nahrungsmitteln, dann die von Industriegütern und schließlich die von Dienstleistungen dominant. Die Verschiebungen zeigen sich in den Anteilen am Volkseinkommen und an den Beschäftigungsverhältnissen. In dem ersten Sektor, also der landwirtschaftlichen Produktion und im zweiten Sektor, der Industrieproduktion sind in den vergangenen hundert Jahren hohe Zuwächse der Produktivität realisiert worden. Vor etwa 150 Jahren mussten 8 Bauern arbeiten, um einen Nichtbauern mit zu ernähren, heutzutage kann ein Bauer 88 Nichtbauern mit ernähren. In der Autoindustrie kann die Belegschaft innerhalb von zehn Jahren auf ein Drittel reduziert werden, ohne dass ein Auto weniger das Band verlässt. Dieser Produktivitätszuwachs setzt jeweils Arbeitskräfte frei, die vom nächst nachfolgenden Sektor absorbiert werden. Der dritte Sektor, der durch niedrigere Produktivitätsraten gekennzeichnet ist, zeichnet sich durch ein überdurchschnittliches Bildungs- und Kompetenzniveau sowohl der Erwerbstätigen als auch der Konsumenten aus.

Die Kernhypothese des französischen Ökonoms Daniel Cohen (2001) lautet: Die kostbarste Ressource der Unternehmen sind nicht das Finanzkapital, die Technik oder der Grund und Boden, nicht einmal die fossilen Energien, sondern das Arbeitsvermögen. In den Betrieben erfolgen tiefgreifende, radikale Veränderungen, die Arbeitsprozesse werden informatisiert, die starr hierarchische Betriebsorganisation wird gelockert und verflüssigt sich. Die treibende Kraft dieser Umwälzungen seien weder die Technik noch die betriebliche Organisation, sondern die Beschäftigten selbst. Sie haben sich durch eine bessere Ausbildung eine höhere Kompetenz

erworben, neben der fachlichen vor allem eine kommunikative Kompetenz. Sie sind selbstbewusste und selbst bestimmte Subjekte geworden, haben in der Familie und in der Schule positive Erfahrungen mit der Demokratie als Lebensform gewonnen. Als „Wissensarbeiter“ oder „Arbeitskraftunternehmer“ beanspruchen sie mehr Autonomie bei der Gestaltung ihrer Arbeit und Arbeitszeit. Diese Trends bewirken eine Humanisierung der Arbeit, eine Zunahme der Arbeit an den Menschen und eine Aufwertung dieser Arbeit in Unternehmen, die sich als ein kommunikatives Netzwerk verstehen und der Kultivierung und Veredelung der Ressource Arbeit eine hohe Priorität einräumen.

## **(6) Generation Y**

Die öffentlichen Sprachspiele mit den Merkmalsausprägungen von Jahrgangsgruppen, die zu Generationen hochstilisiert werden, enthalten zwar nur einen geringen Erkenntniswert, weil sie mit Marketinginteressen, nationalen Besonderheiten, einer willkürlichen Buchstabenreihung im jeweiligen Alphabet, kreativer Fantasie des Übersetzens und einer großen Aporie belastet sind. Die Merkmalsausprägungen, die gemäß der Buchstabenfolge voneinander abweichen sollen, sind meist zum Verwechseln ähnlich formuliert. Aber die Kürzel üben eine erhebliche Anziehungskraft auf Fan-Gemeinden unter den Sozialwissenschaftlern aus. Diese suchen sich an Geburtsdaten, etwa 1995-2000, zu orientieren, um diejenigen, die derzeit in die Arbeitswelt hineinwachsen, von anderen Gruppen abzugrenzen. Man nennt auch besondere Vorlieben, etwa eine gewachsenen Zeitautonomie in der Gestaltung der Erwerbsarbeit oder eine Suche nach dem tieferen Sinn ihrer beruflichen Tätigkeit. Es wird auch ein verstärktes Interesse an beruflichem Erfolg entdeckt. Meist jedoch wird das besondere Merkmal hervorgehoben, dass die „Generation Y“ einen privaten und zivilgesellschaftlichen Ausgleich zur abhängigen Erwerbsarbeit durchzusetzen versucht - als Vater bzw. Mutter in der Familie stärker präsent und selbstbestimmt zeitlich flexibler zu sein, insbesondere während bestimmter Lebensphasen etwa der Familiengründung, der Aus- und Weiterbildung und des Pflegebedarfs ihrer Angehörigen. Es scheinen die Wünsche derjenigen zu sein, die sich derzeit in den Unternehmen bewerben. Ob und wie sie nach fünf oder sechs Jahren ihre jetzt noch partnerschaftlich motivierten Optionen haben durchsetzen können, bleibt jedoch einem zukünftigen Forschungsprojekt überlassen, dem dann allerdings die Buchstabenfolge ausgegangen sein dürfte, weil der Buchstabe Z bereits für die nächste Generation Z vergeben und noch weniger präzise skizziert ist.

## **2. Die Erwerbsarbeit während der laufenden Dekade**

Das Aufreihen zauberhafter Erzählungen ist keine geeignete Methode, um aufzuspüren, welche Erwartungen auf die Erwerbsarbeit im 21. Jahrhundert als plausibel und zutreffend angesehen werden können. Zukunftserwartungen sollten anschlussfähig sein an die gegenwärtige Situation der real existierenden Erwerbsarbeit, mit der die Mehrheit der Bevölkerung konfrontiert ist. Sie bildet den Ausgangspunkt zukünftiger Szenarien.

### **(1) „Diese Wirtschaft tötet“ (Papst Franziskus).**

Kaum eine päpstliche Erklärung hat die überregionalen Medien im deutschsprachigen Raum so

sehr erregt wie dieser Satz aus dem Apostolischen Schreiben des Papstes „vom Ende der Welt“, wie er sich selbst bezeichnet. Der Papst verstehe nichts von Wirtschaft, er beurteile die globale Ökonomie einzig aus der Perspektive seiner Heimat Argentinien, er kenne nicht die segensreichen Wirkungen einer sozialen Marktwirtschaft, begreife nicht, dass die Armut in der Welt nicht durch Gebet, Almosen und Barmherzigkeit beseitigt wird, sondern nur dort, wo der Kapitalismus herrscht und innovative Unternehmen durch Gewinnanreize bewegt werden, Hunger und Wassermangel zu beseitigen. Der Papst indessen kritisiert mit diesem provokanten Satz eine Wirtschaft, die ausgrenzt und ausschließt, in der dem Geld eine religiöse Weihe verliehen wird, in der die Finanzsphäre die Realwirtschaft beherrscht und in alle Lebensbereiche bis in die Privatsphäre eindringt, eine Wirtschaft, die wachsende soziale Ungleichheit erzeugt, die den gesellschaftliche Zusammenhalt bedroht, aus der militärische Konflikte hervorgehen. In dem sozio-ökologischen Rundschreiben ruft er alle Menschen dazu auf, den Schrei der Erde und der Armen nicht zu überhören und sich dafür einzusetzen, dass die soziale Katastrophe und die ökologische Katastrophe, die untrennbar miteinander verbunden sind, nicht eintreffen werden.

Ist die Kritik des Papstes berechtigt? Im nationalen, europäischen und globalen Kontext sind die soziale Ungleichheit und die gesellschaftliche Polarisierung gestiegen. Die Schere zwischen den Gewinnen und Löhnen hat sich geöffnet. Der Lohnabstand zwischen den Entgelten leitender Angestellter und höherer Fachkräfte einerseits und den Entgelten angelernter und Facharbeiter andererseits ist größer geworden, ebenso der Abstand der Haushaltseinkommen zwischen den oberen und unteren Bevölkerungsgruppen. Die Verdienste der Industriearbeit weichen erheblich von denen der Sorge-Arbeit ab; zudem spiegeln sie die erwerbswirtschaftliche Diskriminierung der Frauen gegenüber den Männern. Noch krasser ist die Schieflage in der Verteilung der Vermögen - in Deutschland verfügte 2011 das oberste Zehntel der nach Vermögen gruppierten Privathaushalte über mehr als 59 Prozent des Gesamtvermögens, während 28 Prozent der Gesamtbevölkerung überhaupt kein Vermögen hatte oder verschuldet war. Das staatliche Reinvermögen ist 1991-2011 von 800 Mrd. Euro auf 11,5 Mrd. Euro abgeschmolzen ist, während das Vermögen der Privathaushalte sich von knapp 4,6 Billionen Euro auf rund 10 Billionen Euro verdoppelt hat. Die bürgerlichen Bildungssysteme in den meisten EU-Ländern begünstigen die Kinder aus bildungsnahen Bevölkerungsklassen und benachteiligen die Kinder aus Arbeiterfamilien. Sie gleichen die ungleichen Chancen nicht aus, sondern verschärfen sie sowohl beim Einstieg in das Schulsystem als auch an der Schwelle zum Einstieg in das Beschäftigungssystem. Die Arbeitslosigkeit beispielsweise der Jugendlichen in Griechenland, Portugal, Spanien und Irland erzeugt eine verlorene Generation.

Wo liegen die Ursachen wachsender Ungleichheit und gesellschaftlicher Polarisierung? Diejenigen, welche die soziale Marktwirtschaft als flatternde Fahne vor sich hertragen, weil diese individuelle Leistungsfähigkeit und individuellen Wahlentscheidungen des „König Kunde“ oder der „Königin Kundin“ zum Schlüssel von Angebot und Nachfrage auf freien Märkten macht die durch Bedürfnisse und das spontane Spiel der Preise gesteuert werden, kommen schnell in Erklärungsnot, weil sie nur auf den Markt und nicht auf die Haushalte, vor allem nicht auf die Produktionsverhältnisse blicken. Die Schlüsselgröße einer kapitalistischen Wirtschaft sind dagegen nicht Entscheidungen von Konsumenten, die den Produzenten auf gleicher Augenhöhe gegenüberstehen. Sie liegt vielmehr in der Geld- und Kreditschöpfungsmacht des Bankensystems. Dem Unternehmer steht ein Kredit zur Verfügung, mit dem er die Arbeiter entlohnen und den Kauf von Anlagen finanzieren kann. Der Zweck eines kapitalistischen Unternehmens ist einzig die Erhöhung des Geldvermögens, während die Interessen der

Belegschaft, die Belange der Natur und die Ansprüche der Gesellschaft bzw. des Staates als nachrangig eingestuft, als Kostenfaktor definiert und demgemäß niedrig entgolten bzw. zum Nulltarif genutzt werden. Und seitdem die Regierenden sich von der Lobby der Banken und Industriekonzerne in Geiselhaft haben nehmen lassen, indem sie die Arbeitsverhältnisse entregelten, die Tarifautonomie flexibilisierten, die solidarischen umlagefinanzierten Sicherungssysteme demontierten, an die private, kapitalgedeckte Vorsorge appellierten und die Finanzmärkte sich selbst überließen, ist der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt der Gesellschaften nicht nur in Europa erodiert.

Nachdem die Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen abgebrochen worden ist, hat die Zahl der bilateralen Freihandelsabkommen enorm zugenommen. Diese werden als Ausdrucksformen des freien Welthandels propagiert, der sich für alle beteiligten Partner segensreich auswirkt. Dies trifft jedoch nur unter idealtypischen Bedingungen zu, aber nicht, wenn die Produktions-, Nachfrage-, Markt- und Entwicklungsbedingungen der Partner und deren Verhandlungspositionen ungleich sind. Wenn beispielsweise die Marköffnung der afrikanischen Staaten, mit denen die EU ein Freihandelsabkommen schließt, dazu führt, dass die afrikanischen Agrarprodukte in Ghana, Senegal und Mali sich gegen die dreifach subventionierten billigen Importwaren der EU behaupten müssen, der regionale Handel unterlaufen wird und die einheimischen Produzenten in den Ruin getrieben werden, dann ist dies kein segensreicher Freihandel, sondern eine imperiale Ökonomie. Das gleiche gilt für jenen gigantischen Markt, der sich mit Unterstützung von WTO, GATS und EU für globale Konzerne wie Nestlé in Brasilien und für Coca Cola in Indien auftut, wenn es privaten Unternehmen gestattet wird, sich Wasserquellen, öffentliche Lizenzen, Konzessionen und Verteilernetze anzueignen, das ursprünglich öffentliche Gut Wasser in Flaschen abzufüllen und profitabel zu verwerten.

Wie sehr eine solche imperiale Weltwirtschaft, die postkoloniale Abhängigkeiten schafft und soziale Spannungen erzeugt, schließlich in militärische Konflikte mündet, wird durch das Urteil des Papstes bestätigt. Meist sind die vorgeschobenen Begründungen einer militärischen Intervention nicht gerechtfertigt. Denn diese bewältigt die bereits vorhandenen Probleme nicht, sondern verursacht nur noch größere. Das westliche Narrativ zur Begründung militärischer Interventionen etwa in Afghanistan und Afrika, vor allem im Nahen und Mittleren Osten bedient sich zwar regelmäßig des Deckmantels humanitärer Hilfe, der Verteidigung von Menschenrechten und Demokratie. Aber es dient tatsächlich dem Zweck, sich relevante Ressourcen, Zugangswege, strategischen Einfluss und erweiterte Märkte zu sichern. Diese militärischen Abenteuer des Westens bilden zugleich eine unendliche, deprimierende Geschichte geopolitischen Versagens.

## ***(2) Diese Erwerbsarbeit tötet?***

Die Produktionsverhältnisse in einer angeblich egalitären Erwerbsarbeitsgesellschaft, die jedoch bis auf den heutigen Tag ein feudales Erbe mit sich schleppt, sind durch asymmetrische Machtverhältnisse bestimmt, indem einer Minderheit der Bevölkerung die Produktionsmittel gehören, während die Mehrheit der Bevölkerung nur über ein Arbeitsvermögen verfügt, das dem Zweck dient, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. Um diesen Zweck zu erreichen, sind erwerbsfähige Personen darauf angewiesen, mit den Kapitaleignern oder deren Agenten einen Vertrag abzuschließen, der zwar frei vereinbart ist, aber die ungleiche Verhandlungsposition der

Vertragspartner nicht beseitigt. Erwerbsarbeit ist für die Mehrheit der Erwerbstätigen abhängige Arbeit. Sie ist fremdem Willen unterworfen, dem Diktat technischer Veränderungen ausgeliefert, mit den Unwägbarkeiten so genannter Arbeitsmärkte konfrontiert und dem Zwang wirtschaftlichen Wachstums und den dadurch ausgelösten sozio-ökologischen Risiken unterlegen. Dies sind die Ausgangsbedingungen, von denen aus sich die Szenarien einer Erwerbsarbeit im 21. Jahrhundert entwerfen lassen, die zu erwarten, erreichbar und wünschenswert sind.

### **3. Szenarien der Erwerbsarbeit im 21. Jahrhundert**

Entgegen den Kassandrarufern jener Propheten, die während der letzten Dekade des vergangenen Jahrhunderts das Ende der Erwerbsarbeit prognostizierten, weil sie für das 21. Jahrhundert menschenleere Fabriken erwarteten, in denen arbeitende Menschen überhaupt nicht mehr gebraucht würden (Jeremy Rifkin), oder davon überzeugt waren, dass ein globaler Arbeitsmarkt die menschliche Arbeit „billig wie Dreck“ werden lasse (Horst Afheldt), oder dass die Welt auf einen „Kapitalismus ohne Arbeit“ zulaufen werde (Ulrich Beck), wird die Zukunft der Erwerbsarbeit nicht deren Ende sein. Welche Optionen einer zukünftigen Arbeitswelt sind vorstellbar, erreichbar und erwünscht?

#### ***(1) Wachstumsdynamik***

Das gegenwärtig von den Regierungen der EU und insbesondere von den Mitgliedern der Kommission ausnahmslos propagierte Gemeinschaftsziel einer wachsenden Wirtschaft, das unter den Decknamen der Wettbewerbsfähigkeit und eines Wettbewerbsstaates firmiert, wird offensichtlich trotz gegenläufiger Einsichten und Visionen weiter verfolgt. Es biete, so hofft die politische und wirtschaftliche Klasse, die Gewähr dafür, dass zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, die sozialen Sicherungssysteme sowie die Beseitigung der Umweltschäden finanziert und am Ende Wohlstand für alle wieder erreicht wird. Zudem, so wird behauptet, lasse die kapitalistische Wirtschaft einen stationären Kreislauf überhaupt nicht zu, sondern nur eine wachsende oder schrumpfende Spirale.

Zivilgesellschaftliche Bewegungen und Umweltexperten bestreiten, dass gegenwärtig auf der Grundlage wirtschaftlichen Wachstums zusätzliche Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden können, die ein angemessenes Einkommen, Beschäftigungssicherheit und persönliche Zufriedenheit gewährleisten. Auf jeden Fall müsse der Verbrauch materieller Ressourcen und die Belastung der Senken vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden. Der Umweltberater der britischen Regierung, Tim Jackson hält ein Schrumpfen des Wachstums in den reifen Industrienationen für unausweichlich, wenn die Klimaziele der Vereinten Nationen bis 2050 und das Recht der weniger entwickelten Länder, den Lebensstandard der Industrieländer zu erreichen, gleichzeitig akzeptiert werden. Eine Stoßrichtung der Wachstumskritik gilt dem Prestigekonsum, der einen Sog wohlhabender Schichten auf die unteren Bevölkerungsschichten ausübt, weil diese jenen gehobenen Lebensstandard auch selbst erreichen wollen. Die Beschleunigung der Produktlebenszyklen erscheint als ziel- und sinnlos, selbst wenn dadurch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen würden und das Bruttoinlandsprodukt steige. Ebenso wenig sei ein zusätzlicher Konsum vertretbar, der allein durch einen in die Produkte eingebauten

Verschleiß zustande kommt. Destruktiv sei ein Wachstum, so wird argumentiert, das durch die Produktion und den Handel von Rüstungsgütern oder durch eine Überschussproduktion entsteht, die ins Ausland abgeladen wird und dort Arbeitslosigkeit erzeugt, oder ein Wachstum, das Gesundheits- und Umweltschäden verursacht. Schließlich sei ein Wirtschaftswachstum fehlgeleitet, das als zusätzliche volkswirtschaftliche Wertschöpfung registriert wird, obwohl nur ein Wohlstandsverlust ausgeglichen wurde - etwa durch den steigenden Benzinverbrauch während eines Staus auf der Autobahn oder die Reparatur eines bei einem schwer demolierten Autos. Das Bruttoinlandsprodukt sei ein völlig widersinniger Indikator für gesellschaftlichen Wohlstand bzw. für steigende oder sinkende Lebensqualität.

### ***(1). Technischer Fortschritt***

Vor mehr als hundert Jahren mussten neun Bauern arbeiten, um einen Nichtbauern mit zu ernähren. Heutzutage dagegen kann ein einziger Bauer 88 Nichtbauern mit ernähren. In der Automobilindustrie kann innerhalb von zehn Jahren die Belegschaft auf ein Drittel reduziert werden, ohne dass die Zahl der Autos, die das Band verlassen, geringer wird. Der Arbeiterbewegung ist es zu verdanken, dass seit der industriellen Revolution die wachsende Arbeitsproduktivität dazu verwendet wurde, die Wochenarbeitszeit je Erwerbstätigen zu halbieren. Dieser positive Effekt des technischen Fortschritts hat die Erwerbstätigen von schwerer, belastender und monotoner Arbeit befreit. Bis vor kurzem war es sogar gelungen, die kollektive Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen. Weitere Schritte einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung wurden von den Arbeitgebern in Deutschland seit Mitte der 1980er Jahre verweigert, zumal die Gewerkschaften nicht mächtig genug waren, sich dagegen zu wehren. Folglich wird es dabei bleiben, dass der Produktivitätsfortschritt ungleich verteilt wird - zugunsten der Profite und zu Lasten der Löhne. Die Kernbelegschaften werden sich ein Normalarbeitsverhältnis mit komfortablen und sicheren Einkommen sichern können, den Randbelegschaften wird zugemutet, dass sich für sie der Produktivitätszuwachs als Freisetzung auswirkt oder als atypische oder gar als prekäres Arbeitsverhältnis mit der Folge einer drohenden Altersarmut. Nur wenn die Gewerkschaften über eine ausreichende Gegenmacht verfügen, können sie eine faire Verteilung des Produktivitätsfortschritts auf höhere Löhne und auf eine kollektive Verkürzung der Erwerbsarbeit durchsetzen, ohne dass die Arbeitgeber in der Lage wären, das Mehr an Freizeit durch eine Intensivierung der Erwerbsarbeit und durch wachsenden Zeitdruck zu kompensieren.

### ***(3) Faire Verteilung der Wertschöpfung***

Die Erosion der Flächentarifverträge und der Tarifbindung ist eine der Hauptursachen sozialer Ungleichheit. Deshalb sollten die Sozialpartner und der Staat bereit sein, die während der „Golden Thirtys“ bewährte Kooperation wiederherzustellen. Die Arbeitgeberverbände werden dann keine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung mehr zulassen. Der Staat wird, wenn ein Tarifvertrag in einer Branche mit angemessener Reichweite abgeschlossen ist, dessen Allgemeinverbindlichkeit erklären. Staatliche Einrichtungen werden Aufträge an private Unternehmen an deren Tariftreue binden. Zwar sind in Deutschland seit einigen Jahren neben den traditionellen Branchengewerkschaften einige Berufsgewerkschaften entstanden, häufig im Bereich des ehemals Öffentlichen Dienstes, die den Grundsatz: „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft,



ein Tarifvertrag“ durchkreuzen. Da die Mitglieder kleiner Spartengewerkschaften Schlüsselpositionen besetzen und relativ geschlossen auftreten, können sie auf den Tarifpartner größeren Druck ausüben, als breit aufgestellte Branchengewerkschaften dazu in der Lage sind. Deshalb haben diese von den neuen Koalitionen keine Unterbietungskonkurrenz zu befürchten.

Dass die Belegschaft lediglich durch ein Vertragsverhältnis mit dem Unternehmen, das den Kapitaleignern gehört, verbunden ist und ihr Status als Außenstehende und Fremde kaum hinterfragt wird, während sie gleichzeitig als kostbarste Ressource des Unternehmens umworben werden, klingt zwar widersprüchlich, kann aber nicht als in sich ungerecht bezeichnet werden. Dennoch gibt es gute Gründe, das Lohnarbeitsverhältnis in ein Gesellschaftsverhältnis zu transformieren. Die einseitigen Eigentumsverhältnisse und Entscheidungskompetenzen des kapitalistischen Unternehmens würden somit in eine Unternehmensverfassung auf der Grundlage einer paritätischen Mitbestimmung aller in einem Unternehmen engagierten Gruppen überführt.

Eine aktive Beteiligung aller Akteure, die kollektiv die unternehmerische Wertschöpfung erarbeiten, würde auch die kapitalistische Verteilungsregel verändern. Das ausschließliche Ziel eines streng kapitalistischen Unternehmens ist die Erhöhung des Geldvermögens. Aber um dieses Ziel zu erreichen, ist die Kooperation von - schematisch unterstellt - vier Ressourcen erforderlich, des Arbeits-, Geld-, Natur- und Gesellschaftsvermögens. Gemäß der kapitalistischen Verteilungsregel und dessen betriebswirtschaftlicher Logik werden drei dieser Ressourcen als Kostenfaktoren definiert, die finanziell niedrig abzufinden oder zum Nulltarif in Anspruch zu nehmen sind, während der Überschuss, nämlich der Reingewinn auf die Konten derer fließt, die Eigentümer des Geldvermögens sind. Eine faire Verteilung der unternehmerischen Wertschöpfung würde jedoch dadurch zustande kommen, dass die vier Ressourcen - Arbeitnehmer, Kapitaleigner, Vertreter der Umwelt und der gesellschaftlichen Öffentlichkeit bzw. des Staates -, noch bevor der Produktionsprozess beginnt, die jeweiligen Anteile an der kollektiv erwirtschafteten Wertschöpfung festlegen.

#### **(4) Personennahe Dienste**

Die reifen Industrieländer stehen an der Schwelle einer tiefgreifenden Transformation ihrer Wertschöpfungs- und Beschäftigtenstruktur. Die Nachfrage nach personennahen Diensten, also der Arbeit an und mit den Menschen, um beispielsweise Krankheiten zu heilen, Jugendliche aus- und weiterzubilden, Pflegebedürftige zu begleiten, musische, künstlerische und allgemein kulturelle Talente zu fördern, wächst überdurchschnittlich. Gleichzeitig wird die Arbeit derer, die in solchen Diensten erwerbstätig sind, immer noch geringer geschätzt und niedriger entlohnt.

Diese Dienste zeichnen sich durch charakteristische Merkmale aus, etwa des Heilens, Helfens, Begleitens, Ermutigens und Aufrichtens, die sich von denen der Industrie, etwa des Zählens, Wiegens, Messens unterscheiden. Sie sind nicht speicherfähig, setzen voraus, dass diejenigen, die sie nachfragen, mit denen, die sie anbieten, kooperieren, sind langfristig angelegt und häufig auf Dauer gestellt. Deshalb sind die Versuche, jene in der Industrie bewährten Qualitätsmerkmale, etwa Kennziffern steigender Produktivität, erhöhter Effizienz oder sinkender Kosten, auf die personennahen Dienste zu übertragen, zum Scheitern verurteilt. Die Wertsteigerung personennaher Dienste wird überwiegend durch die Kompetenz der Anbietenden und die

Kaufkraft der Nachfragenden erzielt.

Gegen die Ausweitung personennaher Dienste werden drei Vorbehalte angemeldet. Zum einen könnten Engpässe der Finanzierung auftreten, heißt es. Woher nämlich soll das Geld kommen, mit dem die Dienstleistenden bezahlt werden? Derzeit bezieht in Deutschland die erwerbstätige Bevölkerung den überwiegenden Anteil ihres Einkommens und Vermögens aus dem Industriesektor im weiteren Sinn, während ein stets wachsender Anteil der laufenden Haushaltsausgaben in den Dienstleistungssektor fließt. Es gibt jedoch kein ökonomisches Gesetz, demgemäß dieses Verhältnis der Entstehung und Verwendung der Haushaltseinkommen so bleiben muss. Je mehr nämlich der Anteil der Einkommen aus Dienstleistungen wächst, umso höher kann auch der Einkommensanteil sein, mit dem Dienstleistungen bezahlt werden. Beispielsweise kann die Operation eines Rechtsanwalts, die eine Ärztin durchführt, durch die Beratung eines Rechtsanwalts finanziert werden – und umgekehrt. Für die Ausweitung solcher Käufe von Dienstleistungen durch andere Dienstleistende bedarf es lediglich einer elastischen Geldversorgung. Diese kommt in einer modernen Geldwirtschaft zustande, indem Banken die Kosten, die bei der Aufnahme oder Erweiterung einer Dienstleistungseinrichtung entstehen, mit Krediten vorfinanzieren.

Zum anderen wird häufig daran erinnert, wie hartnäckig sich jenes Vorurteil halte, dass nur der industrielle Sektor produktiv sei, nicht jedoch der Sektor personennaher Dienste. In Wirklichkeit wird im Sektor personennaher Dienste ebenso eine Wertschöpfung erarbeitet wie im Industriesektor. In der Frühzeit der Industrialisierung vertraten viele die Ansicht, Wertschöpfung gebe es nur im Agrarsektor; die Industrie könne nur wachsen, wenn ein steigender Anteil der Einkommen, die in der Agrarwirtschaft entstanden sind, in die Industrie fließe. Doch infolge der Kredit- und Geldschöpfung der Banken, welche die Wertschöpfung der Industrieproduktion vorfinanzierten, konnte der Tausch von Industriegütern gegen Industriegüter mehr als 150 Jahre lang erstaunlich expandieren. Auf die gleiche Weise ist zu erwarten, dass in Zukunft der Tausch personennaher Dienste gegen personennahe Dienste aller Art ansteigen wird. Der häufig vorgetragene Einwand gegen die Ausweitung des Sektors personennaher Dienste, dass wir uns nicht alle gegenseitig die Haare schneiden lassen könnten, klingt wenig überzeugend.

Schließlich wird gegen die Ausweitung personennaher Dienste ein Finanzierungsengpass ins Spiel gebracht, der aus den Defiziten der öffentlichen Haushalte resultiert. Bisher war der Blick auf ein privat- und marktwirtschaftliches Angebot personennaher Dienste gerichtet. Diese sind jedoch in der Regel Vertrauensgüter, insofern die Informationen und Kompetenzen sowohl einer Diagnose als auch einer Therapie etwa bei der Ärztin und dem Patienten meist asymmetrisch verteilt sind. Deshalb gibt es gute Gründe, dass die Bereitstellung solcher Dienste durch ein stabiles öffentliches Engagement eingerahmt wird. Zudem gelten in demokratisch egalitären Gesellschaften viele dieser Dienste als öffentliche Güter, die jedem Mitglied der Gesellschaft unabhängig von der ihm verfügbaren Kaufkraft zugänglich sein sollen. Dazu ist eine rein privatwirtschaftliche Marktsteuerung nicht in der Lage. Deshalb gebührt der solidarischen Steuerung durch Selbstverwaltungseinrichtungen unter öffentlicher Aufsicht und Kontrolle der Vorrang. Der privat- und marktwirtschaftliche Wettbewerb kann nur eine zweitrangige Funktion erfüllen. Damit verlagert sich das Hauptgewicht der Finanzierung personennaher Dienste, die gesellschaftliche Risiken abdecken sollen, von der privaten kapitalgedeckten Eigenvorsorge auf die solidarische Umlagefinanzierung, die durch staatliche Leistungen aufgestockt wird. Der Staat hat demgemäß dafür zu sorgen, dass für die personennahen Dienste, soweit sie als öffentliche Güter anerkannt worden sind, die nötigen Finanzmittel bereitgestellt werden, indem er diese in

Form von Beiträgen oder Steuern von den privaten Haushalten einfordert.

### ***(5) Balance der Männer- und Frauenarbeit***

Dass die Wünsche unzähliger Frauen, stärker an der Erwerbsarbeit beteiligt zu sein, berechtigt sind, steht außer Frage. Allein schon das erhöhte finanzielle Risiko, das mit unfreiwilliger Teilzeitarbeit und Minijobs ständig verbunden ist, sowie die verminderten Chancen, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können und vor Altersarmut bewahrt zu sein, sind hinreichende und auch nicht mehr bestrittene Gründe, dass die Unternehmen und der Staat den Frauen die Stufen zu allen Ebenen der Erwerbsbeteiligung erschließen.

Indem ein renommierter Erziehungswissenschaftler die gegenwärtige Frauenpolitik der EU als ein Bündnis des Staates mit den Frauen zur Entlastung der Männer charakterisiert, drückt er meiner Meinung nach die Komplizenschaft der Unternehmen und des Staates gegen doppelbelastete Frauen und überlastet erwerbstätige Männer aus. In dem Ausmaß, wie Frauen sich zu Recht stärker in der Erwerbsarbeit engagieren, sollten die Männer dazu gedrängt werden, einen größeren Teil der unbezahlten Arbeit in der Privatsphäre zu übernehmen - in der Hauswirtschaft, der Kindererziehung, der Begleitung pflegebedürftiger Eltern und im zivilgesellschaftlichen Engagement, das bisher mit wenigen Ausnahmen den Frauen überlassen blieb.

Damit eine faire Balance zwischen dem Engagement von Männern und Frauen in der Erwerbs- und Privatsphäre gelingt, sollten die in der Wirtschaft und Politik Verantwortlichen einvernehmlich Korridore von Teilzeit für beide Ehepartner mit Kindern im frühen Alter und darauf abgestimmt komfortabel ausgestaltete Korridore der Vergütung entwickeln. Nicht kongruent zur Altersphase von Familie und Beruf sollte die höhere Entlohnung der Erwerbstätigen verlaufen, sondern zur sogenannten soziographischen „Rush Hour des Lebens“, nämlich zur Frühphase von Partnerschaft, Wohnungssuche, Familiengründung und Einstieg in den Beruf junger Eltern.

### ***(6) Globale Märkte***

Die Globalisierung als eine Bedrohung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrieländer an die Wand zu malen, ist eine reine Zauberformel und Legende. Der Beitrag der sogenannten Niedriglohnländer an der gesamten Wirtschaftsleistung der europäischen Kernländer, liegt im unteren einstelligen Prozentbereich. Die E'U ist nicht ein Opfer der Globalisierung, sondern deren treibender Motor. Die Zauberformel der Globalisierung dient den Unternehmensleitungen und den politisch Verantwortlichen meist dazu, das Verhältnis der Pflichten des Sozialstaats und der Grundrechte bedürftiger Mitglieder der Gesellschaft auf den Kopf zu stellen. Denn um das Ziel des Wettbewerbs- und aktivierenden Sozialstaats zu erreichen, jeden Bürger und jede Bürgerin dazu zu befähigen, dass er sich im nationalen Arbeitslager bewähren und behaupten kann, müssen die bedürftigen Arbeitsuchenden erst eine Vorleistung erbringen, bis der Staat bereit ist, sie zu unterstützen.

Ein imperialer, postkolonialer Handel findet zwischen Ländern und Wirtschaftsräumen auf ungleicher wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Verhandlungsmacht statt. Umgekehrt bestimmt ein halbwegs fairer Handel das Verhältnis gleichwertiger Handelspartner in Ländern auf

vergleichbarer Entwicklungsstufe. Der deutsche Außenhandel beispielsweise wird zu zwei Drittel mit westeuropäischen Ländern abgewickelt, die auf einem hohen Wohlstandsniveau ein ähnliches Güterangebot und eine ähnliche Güternachfrage aufweisen, allerdings mit einer ausgesprochenen Variationsbreite innerhalb ähnlicher Güterklassen.

## **(7) Öffentliche Güter**

Das marktradikale wirtschaftsliberale Dogma, dass die Privatwirtschaft eher als der Staat in der Lage sei, knappe Güter kostengünstiger, bürgernäher und zu niedrigeren Preisen zu erzeugen und anzubieten, hat in der Vergangenheit kommunale Kämmerer zum Verkauf öffentlicher Wasserwerke, Wohnungsbestände und Verkehrsbetriebe verleitet, um die Löcher in den kommunalen Haushalten zu stopfen. Diese Markteuphorie ist massiv enttäuscht worden. Derzeit versuchen zahlreiche Kommunen, das verschleuderte Tafelsilber zu einem höheren Preis zurückzukaufen. Die von der EU-Kommission ausgearbeitete Dienstleistungsrichtlinie (Bolkenstein-Richtlinie), die ursprünglich jene Regeln und Verfahren, die für den EU-Binnenmarkt gelten, auf alle entgeltlichen Dienstleistungen einschließlich der allgemeinen Daseinsvorsorge (die öffentliche Bereitstellung von Wasser, Energie, Wohnungen, Verkehrswegen) ausweiten sollte, ist inzwischen verabschiedet worden, ohne jedoch die Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge zu erfassen. Allerdings hat die Kommission gegen Deutschland, Österreich und Griechenland beim Europäischen Gerichtshof eine Klage eingereicht, dass diese Länder die Richtlinie nicht vollständig umgesetzt haben.

Die im Kontext marktradikaler wirtschaftsliberaler Parolen geführten Auseinandersetzungen um den Vorrang privater oder öffentlicher Güter haben offensichtlich die Banken- und Schuldenkrise peripherer Staaten der Eurozone überlebt. Sie wirken fort in den Plänen privat-öffentlicher Partnerschaften etwa beim Bau von Autobahnen, Flughäfen und Stromtrassen, wodurch öffentliche Haushalte, die auf Grund einer verwegenen Steuer- und Fiskalpolitik zugunsten privater Vermögenseigentümer strukturell ausbluten, kurzfristig entlastet werden, langfristig jedoch nach dem Urteil des Bundesrechnungshofes den Staat und damit die Steuerzahlenden erheblich teurer zu stehen kommen.

Der herausragende Rang öffentlicher Güter wird unter Wirtschaftswissenschaftlern außerhalb von Deutschland unter dem Begriff der „Commons“ intensiv diskutiert. In einer globalen Perspektive werden nicht marktwirtschaftliche, nicht kapitalistische gemeinschaftliche und solidarische Steuerungsformen untersucht, wie in ursprünglichen Dorfgemeinschaften ein knappes Gemeinschaftsgut jenseits des Privateigentums, etwa eine Weide oder ein Wald, zwar kollektiv genutzt, aber nicht übernutzt werden, und ein Trittbrettfahren von Beteiligten ausgeschlossen bleibt. Die Weigerung von Staaten, öffentliche Güter bereit zu stellen, missachtet weltweit die berechtigten Ansprüche armer und benachteiligter Mitglieder einer Gesellschaft, die nicht über die ausreichende Kaufkraft verfügen, grundrechtlich zustehende Güter zu erwerben, die ihnen zustehen, um ihre Existenz, Gesundheit und Ausbildung zu sichern und am gesellschaftlichen Leben beteiligt zu sein. Papst Franziskus hat in seinem Rundschreiben das Klima und die Atmosphäre, die Erde und das Wasser, die Ozeane und die Wälder zum globalen Gemeingut erklärt, das für alle Menschen, die den blauen Planeten bewohnen, bestimmt ist. Er erweitert die seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil veränderte Eigentumslehre der römischen Sozialverkündigung, die das private Eigentumsrecht als relatives

Recht dem obersten Grundsatz unterordnet, dass die Güter der Erde für alle Menschen bestimmt sind.

### **8. *Jenseits der Erwerbsarbeit***

Die erwerbs-, privat-, markt- und geldwirtschaftlich organisierte gesellschaftliche Arbeitsteilung hat zu einem unvorstellbaren Reichtum der Weltbevölkerung beigetragen, an dem jedoch nicht alle beteiligt sind. Steigende Gesundheits- und Umweltschäden, eine rasante Beschleunigung und Zeitnot, die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche bis in die Privatsphäre hinein haben deshalb die Suche nach gelingenden Arbeitsformen angeregt, die jenseits der kapitalistischen Spirale eines angehäuften Geldvermögens ohne realwirtschaftlichen Nutzen eine ständig zugespitzte fragmentierte Arbeitsteilung überwinden und eine solidarische Verteilung der kooperativ erstellten Wertschöpfung realisieren, die dem Leben dient.

Es gibt beeindruckende Initiativen einer solidarischen Ökonomie, die der Wunsch nach einer Integration von Arbeiten und Leben in Wohngemeinschaften untereinander verbindet. Was kollektiv erarbeitet wird, wird miteinander geteilt. Allerdings sind es Experimente in Nischen, die notfalls auf Finanzmittel aus sicherer Erwerbsarbeit oder auf ein bescheidenes Vermögen zurückgreifen können. Verallgemeinert werden lassen sich solche Projekte wohl nicht. Trotzdem sind sie Leuchttürme, die alternative Richtungen markieren, dass eine finanzkapitalistische Marktwirtschaft nicht alternativlos ist, die im ungünstigen Fall in der Lage wäre, den Staat als Hüter des Gemeinwohls zu erpressen.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist darauf angewiesen, sich freie Zeiten und Freiräume gegen die Übergriffe der Erwerbsarbeit zu sichern. Es gibt sinnstiftende Arbeit jenseits der bezahlten Erwerbsarbeit: die private Kinderbetreuung, die Begleitung pflegebedürftiger Menschen in der Nachbarschaft, die Eigenarbeit, das zivilgesellschaftliche Engagement. Und es gibt die autonom verbrachte Zeit jenseits von Arbeit, Konsum und Geschäftigkeit - Zeit des Nichtstuns, der Muße, der Meditation, des „Herumschildkröten“, wie Gerhard Polt sie nennt. Allerdings steht dieses Atmen der Seele oder das spielerische Interesse aneinander mit Kindern und Freunden, das keinen Preis hat, unter dem permanenten Druck, jene konventionellen Möglichkeiten zu wählen, nämlich die Beteiligung an der Erwerbsarbeit, ein höheres Einkommen, erweiterten Konsum und einen Beitrag zu zielgerichtetem Wachstum.

Die Option einer kollektiven Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit geht über den individuellen Ausstieg aus dem Hamsterrad einer beschleunigten Erwerbsgesellschaft hinaus, die verhindert, dass ihre Mitglieder die Koordinierung ihres Handelns an den Bewegungen der Himmelskörper und der inneren Rhythmen ausrichten. Zum einen würde eine solche Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, die nicht mit einem vollen Lohnausgleich verbunden, sondern von einem Einkommensverzicht begleitet ist, eine Konsum- und Wachstumsbremse auslösen, die der natürlichen Umwelt gut tut. Aber allen, die weit unter ihren Verhältnissen leben, steht ein Lohnausgleich zu, der jedoch nicht solidarisch innerhalb derselben Klasse, sondern durch den Zugriff auf das Vermögen der exklusiv Reichen zu finanzieren ist. Darüber hinaus richtet sich die Option einer kollektiven Verkürzung der Arbeitszeit auf den Sonntag, den Ausdruck einer gesellschaftlichen Zeitordnung, die den einzelnen Personen mehr gewährt als die Flexibilisierung der individuellen Arbeits- und Freizeit. Eine solche Freizeit habe ich nur für mich. Festzeit, die

ich mit anderen gemeinsam verbringe, ist etwas anderes. Dass die Zeit zum Feiern, Spielen, Singen und Tanzen so knapp geworden ist, macht uns hektisch und atemlos. Um sie wiederzugewinnen, braucht es eine kollektive Ordnung der Zeit, damit die Vereinzelten und Zerstreuten wieder mehr zusammen finden. Zusammen ist man weniger allein.

#### **4. Würde und Gerechtigkeit**

Folgende normativen Grundsätze, die den großen visionären Erzählungen über die Erwerbsarbeit, die auf uns zukommt, den aktuellen Erfahrungen einer Erwerbsarbeit unter dem Regime des Finanzkapitalismus und den erwarteten Szenarien einer vorstellbaren, erreichbaren und wünschenswerten Erwerbsarbeit im 21. Jahrhundert folgen, stellen den Versuch dar, auf die gegenwärtige Situation, die das moralische Empfinden der Erwerbstätigen herausfordert, eine der Situation nicht ängstlich angepasste, sondern eine im Einklang mit den Grundsätzen der Würde und der Gerechtigkeit kreative Antwort zu geben.

##### **(1) Würde**

Arbeit hat keine Würde. Erst recht nicht Erwerbsarbeit unter dem Regime des Finanzkapitalismus und der Finanzdemokratie.

Wenn wir von Würde reden, spielen zwei Sätze eine herausragende Rolle:

- „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Art 1,1 GG der Bundesrepublik Deutschland).
- „Im Reich der Zwecke hat alles entweder einen Preis oder eine Würde. Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes als Äquivalent gesetzt werden; was dagegen über allen Preis erhaben ist, mithin kein Äquivalent verstattet, das hat eine Würde. ... Das aber, was die Bedingung ausmacht, unter der allein etwas Zweck an sich selbst sein kann, hat nicht bloß einen relativen Wert, d.i. einen Preis, sondern einen inneren Wert, d.i. Würde. Nun ist Moralität die Bedingung, unter der allein ein vernünftiges Wesen Zweck an sich selbst sein kann: weil nur durch sie es möglich ist, ein gesetzgebend Glied im Reich der Zwecke zu sein. Also ist die Sittlichkeit und die Menschheit, sofern sie derselben fähig ist, dasjenige, was allein Würde hat“ (Immanuel Kant).

Aus diesen Sätzen folgt unmittelbar: Würde hat allein der vernunftgeleitete, zum selbstbestimmten und moralischen Handeln fähige Mensch. Denn nur die Fähigkeit, ein Zweck in sich selbst zu sein und nie nur das Mittel zu etwas anderem, ist dasjenige, was allein Würde hat. Die Menschenwürde ist also der absolute Wert, die absolute Norm, auf die sich alle moralischen und rechtlichen Normen beziehen.

Die Sache scheint klar zu sein. Aber sie ist es nicht. Denn wenn die Menschenwürde der oberste Moralgrundsatz ist, wie wird sie selbst überzeugend begründet - religiös, metaphysisch, anthropologisch, historisch, politisch, moralisch? Wie umfassend ist ihr Geltungsbereich? Ist sie eine normative Forderung, die nach dem Regime der Nazis von den westlichen Staaten als verbindlich anerkannt wurde, oder gilt sie universal in allen Kulturkreisen der Welt? Wird sie von westlichen Staaten als Vorwand benutzt, um in Staaten des Nahen und Mittleren Ostens oder Afrikas militärisch zu intervenieren? Ist sie biblischen Ursprungs, auch wenn sie erst gegen den

Widerstand der christlichen Kirchen durchgesetzt werden musste? Taugt sie als Mittel der Verständigung im interreligiösen und interkulturellen Dialog?

Wie ist der Begriff der Menschenwürde in konkreten Situationen zu deuten? Was sind menschenunwürdige Verhältnisse? Verstoßen Armut oder ausbeuterische Arbeitsverhältnisse gegen die Menschenwürde? Spiegelt der Begriff der Menschenwürde eine anthropozentrische Überheblichkeit, die allein dem Menschen Würde zuerkennt und nicht auch allen Lebewesen sowie der unbelebten Natur? Hat menschliches Leben unmittelbar nach der Zeugung Würde? Wie verhält sich der Wert der Menschenwürde zu anderen Werten etwa der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Sicherheit, der Grund- und Menschenrechte, des Lebens? Verstößt die aktive Sterbehilfe gegen die Menschenwürde? Kann sogar Folter, die angewendet wird, um das Leben zahlreicher Personen zu retten, gerechtfertigt sein, auch wenn sie die Menschenwürde des Gefolterten drastisch verletzt?

Es lassen sich vier grundverschiedene Auffassungen von Würde unterscheiden.

- In der Antike herrschte eine anthropologische Betrachtungsweise vor, gemäß der die Würde eine äußere ungleich unter den Menschen verteilte Eigenschaft ist, so dass ein Würdenträger sie verlieren oder erwerben kann. Man spricht von würdiger Haltung, würdigem Auftreten, würdigem Lebensstil. In der Neuzeit ist die Würde an das vernünftige Selbstverhältnis, die eigene Selbstachtung gebunden.
- Gemäß der christlichen Auffassung ist die Würde keine äußere, sondern eine innere Eigenschaft, die der Mensch durch seine Gottebenbildlichkeit vom Schöpfer als Gabe erhalten hat. Jeder Mensch hat sie als ein unverlierbares Merkmal. Thomas von Aquin verbindet den Begriff der Würde mit dem normativen Konzept der Person.
- Eine normative Auffassung der Würde geht auf Kant zurück; er versucht, eine philosophisch anspruchsvolle und von religiösen Annahmen unabhängige Begründung zu bieten. Dabei bleibt offen, ob die Würde ein metaphysisches Wesensmerkmal oder ein normatives Postulat ist, das in den kategorischen Imperativ mündet: Jeder Mensch ist als Zweck in sich selbst, als Träger eines absoluten Werts und nie als bloßes Mittel oder als Gegenstand zu behandeln.
- Eine sprachkritische Auffassung lässt sich so kennzeichnen, dass Würde nicht als ein objektives Merkmal existiert. Es sind die Menschen, die sich wechselseitig und allgemein Würde zuschreiben und sich als solche anerkennen - unabhängig davon, ob sie arbeiten oder spielen, ruhen oder wandern, lieben oder musizieren.

## **(2) Gerechtigkeit**

Die Gerechtigkeit überragt alle anderen Tugenden, meint Aristoteles, weil sie sich auf andere bezieht und der Inbegriff moralischer Vollkommenheit ist: „Weder der Abendstern noch der Morgenstern sind so wunderschön“. Thomas von Aquin zählt sie unter die vier Kardinaltugenden. Aber der einzigartige Rang der Gerechtigkeit liegt wohl darin begründet, dass sie als die Grundnorm der politischen Ordnung gilt. Der Kirchenlehrer Augustinus trifft mit seiner Frage ins Schwarze: Was sind Staaten anderes als große Räuberbanden, wenn es in ihnen keine Gerechtigkeit gibt?

*Gleiche Gerechtigkeit*

Die Frage der Gerechtigkeit als Grundnorm der politischen Ordnung kann in modernen, weltanschaulich pluralen Gesellschaften nicht durch einen außerirdischen wohlwollend neutralen Beobachter beantwortet werden. Es können auch nicht die Angehörigen einer Teilgruppe der Gesellschaft die eigenen Vorstellungen gelingenden Lebens allen Gesellschaftsmitgliedern verpflichtend vorschreiben. Vielmehr müssen die Gesellschaftsmitglieder selbst sich wechselseitig und allgemein über das, was sie einander schulden, verständigen. Sie müssen sich zunächst verständigen über die Deutung der Situation, durch die sie herausgefordert werden, und darauf eine normative Antwort finden. Zwei Alternativen stehen zur Wahl: Passen sie sich an die Situation an oder formulieren sie einen kreativen Gegenentwurf? In einer Situation, da die Sphäre der Erwerbsarbeit durch asymmetrische Machtverhältnisse bestimmt ist, die strukturell eine wachsende soziale Ungleichheit hervorbringen, klingt die Auslegung der Gerechtigkeit als Gleichheitsvermutung einigermaßen plausibel. Sie konvergiert mit dem Grundsatz der Anerkennung gleicher Personenwürde derjenigen, die in einem Unternehmen arbeiten.

Gegen die Behauptung, der Gerechtigkeitsbegriff enthalte im Kern eine Gleichheitsvermutung, werden starke Einwände erhoben. Zum einen sei jeder Mensch einzigartig. Die Kompetenzen und Interessen, die ihm zu Eigen sind, sowie seine elementaren Bedürfnisse an denen anderer Menschen zu messen, sei nicht zulässig. Folglich habe jede Person das Recht, differenzierte gesellschaftliche Positionen zu beanspruchen, die sie sich auf Grund eigener Talente und Anstrengungen erworben hat. Zum andern verfüge die Gesellschaft nicht über ein verborgenes Reservoir als ihr Eigentum, aus dem sie alle individuellen Kompetenzen schöpft. Und schließlich könne eine aufwendige sozialstaatliche Bürokratie die Gleichheit aller Bürger nicht herstellen. Sie würde die weniger Talentierten während des Rennens um gesellschaftliche Positionen nur in eine aussichtslose Aufholjagd treiben, die auf einen Ausgleich zielt, der nie erreicht wird. Schon gar nicht habe die Gesellschaft ein Mandat, das ihr gestattet, das Schicksal zu korrigieren.

Solchen Einwänden kann mit dem formalen Hinweis begegnet werden, dass der Begriff der Gerechtigkeit immer den Bezug zu anderen enthält und den Vergleich mit anderen zulässt. Der empirische Begriff der Gleichheit bedeutet nicht Identität: Selbst Zwillinge sind gleich, aber nicht identisch. Gleichheit ist die qualitative Übereinstimmung von Subjekten oder Sachverhalten in einem oder einigen Merkmalen, während andere Merkmale verschieden sind. In welcher Hinsicht sind zwei Subjekte gleich? Beispielsweise hinsichtlich musischer Talente oder technischer Begabung, hinsichtlich der Herkunft aus einer Region oder hinsichtlich ihrer Kleidung.

Verhältnismäßige Gleichheit ist also eine erste Präzision der Gleichheitsvermutung. In der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ drückt sich diese Einsicht aus. In der wohlgeordneten antiken Stadt oder in der mittelalterlichen, feudal gegliederten Gesellschaft wurde den einzelnen Mitgliedern „das Gleiche“ jeweils im Verhältnis zu ihren Talenten, Verdiensten, Funktionen oder Positionen zugewiesen. Seit der Neuzeit ist „das Gleiche“ im Verhältnis zu sich selbst bestimmt - zum selbstbewussten, selbstbestimmten individuellen Subjekt und seiner Absicht, sich als Person selbst zu verwirklichen und darin eine eigenständige Identität zu finden. Die Gleichheitsvermutung legt sich daraufhin als Grundsatz moralischer Gleichheit aus. Moralische Gleichheit besagt, dass jede Person einen moralischen Anspruch darauf hat, mit der gleichen Rücksicht und Achtung behandelt zu werden wie jede andere. Sie ist von einem Standpunkt der Unparteilichkeit und der Allgemeinheit als autonomes Lebewesen zu



achten und als Gleiche - nicht gleich - zu behandeln und zu respektieren. Diesen Anspruch gestehen Mitglieder einer gerechten Gesellschaft sich wechselseitig und allgemein zu.

Aus dem Grundsatz moralischer Gleichheit lässt sich nicht direkt und unmittelbar eine Gleichheitsvermutung für die Verteilung von Grundgütern, Zugangschancen, wirtschaftlichen Verfügungsrechten und gesellschaftlichen Machtpositionen ableiten. Wer dies versuchen wollte, würde in eine politische Moralfalle stolpern. Der Aufweis einer Korrespondenz von moralischer Gleichheit und einer tendenziell gleichmäßigen Güterverteilung, die über eine gleiche Mindestausstattung an Grundgütern hinausgehen würde, gelingt über eine andere, intersubjektive und kontextuelle Konzeption der Gerechtigkeit.

### *Das Recht auf Rechtfertigung*

Der Versuch, die Frage der Gerechtigkeit aus der materiellen Perspektive der Verteilung von Gütern zu beantworten, die in einer Gesellschaft produziert werden, greift zu kurz, weil er bloß auf die bereits vorhandenen Güter fixiert bleibt und die politische Perspektive ausblendet, wie die zu verteilenden Güter hergestellt werden, wer über die Strukturen der Herstellung bestimmt, wer die Macht dazu hat, ob diese Macht gerechtfertigt ist und wie sie gerechtfertigt werden soll. Die Perspektive der Rechtfertigungsmacht in einer Gesellschaft erweist sich als Kern der Gerechtigkeitsfrage.

Diesen Kern als das „Recht auf Rechtfertigung“ zu formulieren, bedeutet einen radikalen Wechsel der Perspektive, eine Wende der Gerechtigkeitsdebatte, der dem Sozialphilosophen und Politikwissenschaftler Rainer Forst zu verdanken ist. Indem die objektive Perspektive der Güterausstattung, also die Sorge um das, was die Menschen haben sollen, nachgeordnet und vorrangig die intersubjektive Perspektive der Rechtfertigung gesellschaftlicher Verhältnisse eingenommen wird, also die Sorge um das, was alle Mitglieder einer Gesellschaft sein sollen, werden die Autoren und Adressaten gesellschaftlicher Strukturen selbst in das Zentrum der ethischen Reflexion gerückt. Diese werden als vollwertige und gleichberechtigte Akteure anerkannt, die sich wechselseitig und allgemein das Recht auf Rechtfertigung jener Verhältnisse zugestehen, denen sie unterworfen sind.

Wird das Konzept des Rechts auf Rechtfertigung auf ein Unternehmen und die darin Arbeitenden übertragen, dann besteht es darin, dass die Grundsätze, Normen und Verfahren eines Unternehmens gegenüber allen und von allen als frei und gleich anerkannten Mitgliedern dieses Unternehmens wechselseitig und allgemein, das bedeutet unter Einschluss aller möglichen Akteure, als angemessen begründet angesehen und bejaht werden können. Dabei wird in den diskursiven, konstruktiven und demokratischen Verfahren der Rechtfertigung insbesondere den schlechter gestellten Mitgliedern ein Vetorecht zugestanden. Diese sollen nicht zurückgesetzt, bedrängt und übergangen werden. Die Rechtfertigungsmacht soll egalitär verteilt bleiben. Eine mit Vorteilen verbundene Dominanz, die sich nicht gegenüber allen, insbesondere den weniger Begünstigten angemessen begründen lässt, soll gar nicht entstehen. Ein Herrschaftsverhältnis ohne Rechtfertigungsgrund soll ausgeschlossen sein.

Abhängige Erwerbsarbeit wird der Würde der Menschen, die erwerbstätig sind, dann gerecht,

wenn diese nicht als Produktionsfaktor, also als Gegenstand und Mittel, die einen Preis haben, sondern als Zweck in sich selbst, in ihrer Würde anerkannt werden, indem sie sich gleichwertig und gleichberechtigt an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen des Unternehmens beteiligen. Eine solche Option entspricht dem Grundsatz gleicher Gerechtigkeit. Sie verankert das Recht auf Rechtfertigung unternehmerischer Entscheidungsmacht bei denjenigen, die ihr unterworfen sind. Und die dieses Recht als gleichwertige und gleichberechtigte Mitglieder eines paritätisch verfassten Unternehmens wahrnehmen.